

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
<b>Vorwort</b> .....		VII
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....		XXI
<b>Kapitel 1 Einleitung</b> .....	1	1
<b>Kapitel 2 Die Eigenverwaltung als besondere Organisationsform der Insolvenzverwaltung</b> .....	21	9
A. Gesetzlicher Zweck des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung ...	23	11
I. Subsidiäre Geltung der „allgemeinen Vorschriften“ (§ 270 Abs. 1 Satz 2 InsO) .....	24	11
II. Verfahrenszweck der gemeinschaftlichen und bestmöglichen Befriedigung der Insolvenzgläubiger .....	25	12
1. Grundsatz der Gleichbehandlung der Gläubiger .....	28	13
2. Ziel der bestmöglichen Befriedigung der Gläubiger und kein Vorrang der Sanierungsinteressen des Schuldners .....	30	14
B. Gesetzgeberisches Leitbild der Eigenverwaltung .....	38	20
C. Gang des Verfahrens in der Eigenverwaltung .....	44	22
D. Allgemeine Kompetenzen, Rechte und Pflichten des eigen- verwaltenden Schuldners .....	52	24
I. Rechtsgrund der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Schuldners .....	53	25
1. Meinungsstand .....	54	25
2. Stellungnahme .....	58	27
a) Endgültige Eigenverwaltung .....	59	28
b) Vorläufige Eigenverwaltung .....	66	30
II. Eigenverwaltung als persönliche Aufgabe .....	69	32
III. Pflicht zur Beachtung von Zuständigkeitszuweisungen, Zustimmungserfordernissen und Verfügungsbeschränkungen .....	72	33
IV. Pflichten bei der Betriebsfortführung .....	74	34
V. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten .....	75	35
VI. Sonstige verfahrensrechtliche Pflichten und Sonderrechte des Schuldners .....	77	36
VII. Pflichtverletzung als nachteilsindizierender Umstand .....	79	37

## Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
E. Stellung und Funktion des Sachwalters .....	84	39
I. Grundsätzliches .....	85	39
II. Prüfungspflichten .....	89	41
III. Überwachungs- und Meldepflichten .....	90	41
IV. Mitwirkungspflichten .....	95	43
V. Verwaltungs- und Verfügungsrechte .....	97	44
1. Übernahme der Kassenführung nach § 275 Abs. 2 InsO ....	98	44
2. Geltendmachung von Haftungs- und Anfechtungs- ansprüchen (§ 280 InsO) .....	102	47
F. Zwischenergebnis: Rechtlicher Kern der Eigenverwaltung .....	104	47
G. Notwendigkeit der Eignung des Masseverwalters .....	110	49
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	112	49
II. Einfachgesetzliche Grundlagen für das Erfordernis der Eignung .....	116	51
1. § 56 Abs. 1 InsO – allgemeines Gebot der Eignung des Verwalters .....	118	52
a) Wortlaut des § 56 InsO und Entstehung des § 270 InsO .....	119	52
b) Entsprechende Anwendbarkeit des Eignungsgebots aus § 56 Abs. 1 InsO über § 270 Abs. 1 Satz 2 InsO ...	121	53
2. § 274 Abs. 1 InsO – keine abschließende Spezialver- weisung für den Schuldner .....	125	54
3. § 270 Abs. 2 Nr. 2 InsO – fehlende Eignung als nach- teilsindizierender Umstand .....	126	54
III. Kriterien und wesentliche Bestandteile der Eignung .....	127	55
1. Eignung des Insolvenzverwalters .....	129	55
a) Zuverlässigkeit .....	130	56
b) Geschäftskunde und Fähigkeit zur persönlichen Amtsführung .....	131	56
c) Unabhängigkeit .....	134	58
2. Eignung des Schuldners zur Eigenverwaltung .....	135	59
a) Zuverlässigkeit .....	136	60
b) Geschäftskunde .....	139	61
c) Fähigkeit zur persönlichen Amtsführung .....	142	62
d) Unabhängigkeit .....	143	63
H. Aufsicht des Insolvenzgerichts über Schuldner und Sachwalter ....	144	64
I. Adressaten der Aufsicht .....	145	64
II. Aufsichtsbefugnisse des Insolvenzgerichts .....	152	67
J. Missbrauch der Eigenverwaltung .....	155	68
I. Risiken der Eigenverwaltung aus der Sicht des Gesetzgebers ....	159	70

	Rn.	Seite
II. Motive des Schuldners .....	161	71
III. Bedeutung der Sanierungsberater und Gefahr der Nebeninsolvenzverwaltung .....	164	72
1. Erstellung der Antragsunterlagen und der Personalvorschläge .....	165	73
2. Abhängigkeit des mitgebrachten Sachwalters vom Berater .....	169	75
3. Einflussnahme auf Zusammensetzung und Tätigkeit des Gläubigerausschusses .....	172	77
4. Umsetzung des Konzepts durch Sanierungsgeschäftsführer .....	176	80
IV. Systematisierung möglicher Missbrauchshandlungen .....	179	83
1. Einflussnahme auf die Auswahl der Kontrolleure .....	180	83
2. Missbrauch bei der Ausübung der Verfügungsgewalt .....	184	85
a) Zweckentfremdeter Umgang mit dem Aktivvermögen .....	187	86
b) Begründung von Masseverbindlichkeiten zur Plünderung der Masse .....	190	88
c) Manipulationen bei übertragenden Sanierungen .....	194	90
3. Missbrauch der Informationsherrschaft .....	196	91
a) Behinderung oder Vereitelung einer wirksamen Kontrolle .....	197	91
b) Verschleierung strafbarer Handlungen .....	200	92
c) Unvollständige oder unrichtige Berichterstattung in der Gläubigerversammlung .....	201	93
 <b>Kapitel 3 Der Gläubigerausschuss im System der Verfahrensbeteiligten</b> .....	 203	 95
A. Gläubigerausschuss als besonderes verfahrensrechtliches Gremium .....	204	95
B. Verhältnis des Gläubigerausschusses zur Gläubigerversammlung .....	209	97
I. Rechtliche Rangordnung beider Organe .....	211	98
1. Meinungsstand .....	214	99
2. Stellungnahme .....	218	101
a) Abzugrenzende Befugnisse im Überblick .....	219	101
b) Insolvenzzrechtliches Regelungsmuster .....	222	103
c) Folgerungen für das Verhältnis von Gläubigerversammlung und Gläubigerausschuss .....	229	105
II. Auskunfts- und Berichtspflicht des Ausschusses gegenüber der Versammlung .....	236	108

	Rn.	Seite
C. Verhältnis des Gläubigerausschusses zum Schuldner .....	237	108
D. Verhältnis des Gläubigerausschusses zu den Trägern der Insolvenzverwaltung .....	239	109
I. Verfahrenszweckorientierter Überwachungs- und Unterstützungsauftrag des Ausschusses .....	240	110
II. Organisatorische Unabhängigkeit des Ausschusses .....	243	112
III. Auskunftspflicht des Verwalters gegenüber dem Ausschuss ...	244	112
IV. Kein Weisungsrecht des Ausschusses gegenüber dem Verwalter .....	248	114
E. Verhältnis des Gläubigerausschusses zum Insolvenzgericht .....	249	115
I. Zweck und rechtliche Grenzen der Gläubigerautonomie .....	250	115
II. Rechtsaufsicht durch das Insolvenzgericht .....	252	116
III. Aufsichtsmittel und Aufsichtsvollzug .....	257	118
1. Sitzungsteilnahme und Einsicht in die Protokolle .....	258	119
2. Ermittlungen bei Verdacht auf Pflichtverletzungen .....	259	119
3. Deklaratorische Feststellung der Rechtswidrigkeit eines Ausschussbeschlusses durch das Insolvenzgericht .....	261	120
4. Entlassung eines Mitglieds (§ 70 InsO) .....	262	121
F. Abgrenzung der Kollektivrechte des Ausschusses zu den Individualrechten seiner Mitglieder .....	263	121
I. Individuelle Rechte und Pflichten .....	264	122
II. Kollektive Organrechte .....	266	122
G. Ergänzende analoge Anwendbarkeit von Regeln über den Aufsichtsrat .....	267	123
H. Grundsätze ordnungsgemäßer Gläubigerausschusstätigkeit .....	274	125
I. Unverzügliche Konstituierung .....	275	126
II. Autonome Festlegung einer Geschäftsordnung .....	276	126
III. Einberufung von Sitzungen .....	278	127
IV. Sitzungsleitung und ständiger Vorsitz .....	280	128
V. Teilnahme von Gästen .....	282	129
VI. Wahrung der Verschwiegenheit .....	284	130
VII. Ermittlung der Entscheidungsgrundlagen .....	286	131
VIII. Dokumentation der Ausschusstätigkeit .....	290	133
IX. Verfahrenshandlungen gegenüber dem Insolvenzgericht .....	294	135
X. Organisation der Überwachung .....	296	135
1. Vorgaben zur Berichterstattung .....	297	136
2. Festlegung interner Zustimmungsvorbehalte .....	300	137
XI. Allgemeine Reaktionspflicht des Gläubigerausschusses .....	301	137

	Rn.	Seite
<b>Kapitel 4 Die eigenverwaltungsspezifischen Pflichten des Gläubigerausschusses</b> .....	302	139
A. Notwendigkeit eines eigenverwaltungsspezifischen Aufgaben- und Pflichtenkreises des Ausschusses .....	304	139
B. Adressaten der Überwachung und Unterstützung: Schuldner und Sachwalter .....	309	141
I. Schuldner als erster Adressat .....	310	142
II. Sachwalter als zweiter Adressat .....	313	144
III. Aufgabenabgrenzung bei der Mehrfachaufsicht durch Sachwalter und Gläubigerausschuss .....	319	147
C. Bestimmung des zu überwachenden Funktionsbereichs .....	324	149
I. Funktionsbereiche in der Eigenverwaltung .....	326	150
1. Sachwalter-Verdrängungsbereich .....	327	150
2. Eigenverwaltungs-Verdrängungsbereich .....	328	151
3. Überschneidungsbereich .....	330	152
4. Keine Überwachung des insolvenzfremen Schuldnerbereichs .....	331	152
II. Konsequenzen für die Kompetenzen des Gläubigerausschusses .....	334	153
D. Grundsätze über die Zielrichtung und die Wahrnehmung der Überwachung und Unterstützung .....	339	155
I. Verwirklichung des gesetzlichen Verfahrenszwecks .....	341	155
II. Schutz der Gläubiger vor eigenverwaltungsspezifischen Gefahren und Nachteilen .....	347	157
1. Nachteilsindizierende Umstände im Allgemeinen .....	349	158
2. Mangelnde Eignung des Schuldners .....	351	159
a) Fehlverhalten im Vorfeld der Antragstellung .....	353	160
b) Fehlverhalten im insolvenzgerichtlichen Verfahren .....	354	161
c) Unzureichende Konzeption zur Bewältigung der Insolvenz .....	355	161
d) Abhängigkeit von unzuverlässigen oder sonst ungeeigneten Sanierungsberatern .....	356	162
e) Konflikte innerhalb der Sphäre des Schuldners .....	357	162
f) Drohende unerlaubte Einflussnahme auf die Geschäftsführung .....	358	162
3. Höhere Kosten .....	359	163
E. Zielpersonen der Aufsicht des Ausschusses auf Seiten des eigenverwaltenden Schuldners .....	360	164
I. Notwendigkeit der persönlichen Amtsführung durch den Schuldner oder seine organschaftlichen Vertreter .....	361	164

	Rn.	Seite
II. Verdrängung der gesellschaftsrechtlichen Überwachungsorgane (§ 276a Satz 1 InsO) .....	368	167
1. Träger der Geschäftsführung .....	369	168
2. Adressaten des Einflussnahmeverbots .....	371	169
3. Formen der Einflussnahme .....	375	170
4. Überwachung des Einflussnahmeverbots durch den Ausschuss .....	382	173
III. Überwachung des Einflusses externer Experten, insbesondere des Sanierungsberaters .....	385	174
1. Prüfung der Zuverlässigkeit des Sanierungsberaters .....	387	175
2. Zustimmung zum Neuabschluss von Beratungsverträgen ....	394	178
3. Einschaltung eines Sanierungsgeschäftsführers .....	399	180
4. Bereitstellung externer Führungskräfte unterhalb der Ebene des Vertretungsorgans .....	405	183
F. Sachlicher Aufgabenbereich der Aufsicht des Ausschusses:		
Die einzelnen Geschäfte der Masseverwaltung .....	406	184
I. Ordnungsmäßigkeit der Überwachungsmechanismen des Sachwalters gegenüber dem Schuldner .....	407	184
II. Kontrolle des wirtschaftlichen Verlaufs des Verfahrens .....	413	186
1. Überprüfung und Bewertung der Verfahrenskonzeption ...	414	186
a) Prüfungshandlungen gegenüber dem Schuldner .....	415	187
b) Prüfungshandlungen gegenüber dem Sachwalter .....	421	190
2. Unterrichtung über den Gang der Geschäfte und Einsichtnahme in Geschäftsunterlagen (§ 69 Satz 2 InsO) .....	423	190
a) Inhalt der Unterrichtungspflicht .....	424	191
b) Auswertung der Informationen des Schuldners und des Sachwalters .....	426	191
c) Überwachung der laufenden Geschäftsaufsicht des Sachwalters (§ 274 Abs. 2 Satz 1 InsO) .....	432	194
3. Begründung und Deckung von Masseverbindlichkeiten ...	434	194
a) Überwachung der Finanzplanung .....	435	195
b) Anzeige der Masseunzulänglichkeit .....	438	197
4. Berichterstattung des Schuldners an die Gläubigerversammlung und das Gericht .....	441	198
5. Beachtung der Vorgaben der Gläubigerversammlung .....	449	201
III. Prüfung und Sicherung des Zahlungsverkehrs und des Geldbestands .....	452	202
1. Vorgaben zur Hinterlegung von Wertgegenständen .....	453	203
2. Überwachung des Finanzwesens des Schuldners .....	454	203
3. Kontrolle des Zahlungsverkehrs nach Übernahme der Kassenführung durch den Sachwalter .....	459	206

	Rn.	Seite
IV. Mitwirkung bei besonders bedeutsamen Rechtshandlungen		
(§ 276 InsO) .....	462	208
1. Besondere Bedeutsamkeit der Rechtshandlung .....	464	208
2. Notwendigkeit der vorherigen Zustimmung .....	467	210
3. Ermittlung zustimmungsbedürftiger Rechtshandlungen ....	469	211
4. Verhältnis zur Mitwirkung des Sachwalters .....	470	212
5. Besonders bedeutsame Rechtshandlungen des Sach- walters .....	471	213
V. Personelle Veränderungen in der Geschäftsleitung		
(§ 276a Satz 2, 3 InsO) .....	472	213
1. Persönlicher und sachlicher Geltungsbereich des § 276a Satz 2, 3 InsO .....	474	214
2. Prüfung durch den Sachwalter .....	479	216
3. Überwachungsmaßnahmen des Ausschusses .....	482	217
VI. Erfüllung der Nachteilsmeldepflicht durch den Sachwalter		
gemäß § 274 Abs. 3 Satz 1 InsO .....	484	218
VII. Vorlage und Prüfung der Verzeichnisse .....	492	221
1. Zweck und Bedeutung der Verzeichnisse .....	493	221
2. Vorprüfung durch den Sachwalter (§ 281 Abs. 1 Satz 2 InsO) .....	494	222
3. Zielrichtung und Umfang der Pflichten der Ausschuss- mitglieder .....	495	223
4. Keine Befreiung von der Inventarisierungspflicht .....	497	223
VIII. Anmeldung, Prüfung und Feststellung der Insolvenz- forderungen (§ 270c Satz 2, § 283 Abs. 1 InsO) .....	499	225
IX. Ausübung der Erfüllungswahl (§ 279 InsO) .....	502	226
X. Verwertung von Sicherungsgut und Aussonderung (§§ 282, 47 InsO) .....	510	230
XI. Bearbeitung der Haftungs- und Anfechtungsangelegenheiten durch den Sachwalter (§ 280 InsO) .....	516	232
1. Bedeutung für den Gläubigerschutz .....	517	233
2. Keine Ausnahme vom Prinzip der Anspruchsgeltend- machung .....	519	234
3. Praktische Bedeutung .....	520	234
4. Zugewiesene Ansprüche im Sinne von § 280 InsO .....	521	235
a) Ansprüche auf Ersatz eines Gesamtschadens (§ 92 InsO) .....	522	235
b) Ansprüche aus persönlicher Haftung von Gesell- schaftern (§ 93 InsO) .....	523	236
c) Anfechtungsansprüche (§§ 129–147 InsO) .....	524	237
d) Sondergesetzliche Zuweisungen und deren analoge Anwendung .....	525	237
e) Geltendmachung der Ansprüche .....	527	238

	Rn.	Seite
5. Pflichten des Sachwalters .....	528	238
6. Überwachungsmaßnahmen der Ausschussmitglieder .....	530	239
XII. Entnahme von Mitteln zur Lebensführung (§ 278 InsO) .....	533	240
XIII. Rechnungslegung durch den Schuldner .....	536	242
1. Umfang der Rechnungslegung .....	537	242
2. Besonderheiten der insolvenzrechtlichen Buchführung .....	541	244
3. Delegation der insolvenzrechtlichen Rechnungslegung .....	544	245
4. Rechnungslegung bei Kassenführung durch den Sachwalter .....	545	246
5. Rechnungslegung zum Abschluss der Eigenverwaltung (§ 66 Abs. 2 Satz 2 InsO) .....	547	247
a) Schlussrechnungslegung .....	548	247
b) Rechnungslegung bei vorzeitiger Aufhebung der Anordnung der Eigenverwaltung .....	549	247
6. Prüfung der Rechnungslegung .....	552	249
a) Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens .....	553	249
b) Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Masseverwaltung .....	555	250
G. Pflicht zur angemessenen Reaktion auf Pflichtverletzungen und sonstige Fehlentwicklungen .....	556	251
I. Anlässe zum Einschreiten des Gläubigerausschusses und Vorbereitung seiner Reaktion .....	557	251
II. Adressaten der Reaktionspflicht .....	560	253
III. Handlungsmöglichkeiten des Ausschusses .....	561	253
1. Hinweise und formlose Erörterungen .....	562	254
2. Rügen und Aufforderungen zur Nachbesserung .....	564	255
3. Nachteilsmeldepflicht gegenüber dem Insolvenzgericht .....	566	255
4. Information des Sachwalters und Anregung zur Übernahme der Kassenführung .....	568	256
5. Sonstige Stellungnahmen, Voten und Anregungen einzelner Mitglieder .....	570	257
6. Anträge und Anregungen des Gläubigerausschusses .....	572	258
a) Antrag auf Entlassung des Sachwalters .....	573	258
b) Anregung eines Antrags auf Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts .....	575	260
c) Anregung eines Antrags auf Aufhebung der Eigenverwaltung .....	578	262
d) Anregung zur Aufhebung der Eigenverwaltung von Amts wegen .....	583	264
aa) Zulässigkeit der Aufhebung der Eigenverwaltung von Amts wegen .....	584	265
bb) Folgerungen für das Verhalten der Ausschussmitglieder .....	589	267

	Rn.	Seite
<b>Kapitel 5 Die besonderen eigenverwaltungsspezifischen Pflichten des vorläufigen Gläubigerausschusses im Eröffnungsverfahren</b>	590	269
A. Behandlung von Anträgen und Personalvorschlägen der Beteiligten	594	270
B. Stellung des vorläufigen Gläubigerausschusses in der vorläufigen Eigenverwaltung	599	273
C. Pflichten aus Anlass des Eigenverwaltungsantrages	601	273
I. Prüfung der Plausibilität des Eigenverwaltungsantrags	602	274
1. Inhaltliche Anforderungen an den Eigenverwaltungsantrag	604	275
2. Konkrete Prüfungs- und Handlungspflichten der Ausschussmitglieder in Bezug auf die Anträge des Schuldners	608	277
3. Prüfung der Kostenvergleichsrechnung	612	279
II. Anhörung und Votum nach § 270 Abs. 3 InsO zur Frage der Anordnung der endgültigen Eigenverwaltung	616	281
1. Notwendigkeit vorausgehender Ermittlungen des Gerichts	617	282
2. Pflichten der Ausschussmitglieder im Zusammenhang mit gerichtlichen Ermittlungen	620	284
3. Pflichten bei der Anhörung und der Beschlussfassung nach § 270 Abs. 3 InsO	623	286
4. Rechtliche Bedeutung des einstimmigen Votums	625	286
a) § 270 Abs. 3 Satz 2 InsO als gesetzliche Vermutungsregelung	626	287
b) Notwendigkeit einer einschränkenden verfassungskonformen Auslegung des § 270 Abs. 3 Satz 2 InsO	628	288
c) Konsequenzen für die Rechtsanwendung des Gerichts	637	292
D. Pflichten in der allgemeinen vorläufigen Eigenverwaltung nach § 270a InsO	640	294
I. Verfahrensrechtliches Umfeld der Ausschusstätigkeit	641	294
II. Keine bindende Mitwirkung des Ausschusses bei gerichtlichen Entscheidungen nach § 270a InsO	643	295
III. Pflichten bei der Auswahl des vorläufigen Sachwalters (§ 56a InsO)	648	298
IV. Laufende Überwachung der Geschäftsführung des Schuldners	652	300
V. Entsprechende Geltung des § 276 und des § 276a Satz 1 InsO in der vorläufigen Eigenverwaltung	653	300

	Rn.	Seite
1. Mitwirkung des vorläufigen Gläubigerausschusses bei besonders bedeutsamen Rechtshandlungen .....	654	301
2. Ausschluss des Einflusses der Überwachungsorgane und Anteilsinhaber .....	655	302
VI. Überwachung des Schuldners bei der Begründung von Masseverbindlichkeiten .....	658	304
1. Notwendigkeit der gerichtlichen Umqualifizierungsermächtigung .....	659	304
2. Kontrolle der zweckentsprechenden Nutzung der Ermächtigung .....	664	308
VII. Auswertung des Insolvenzgutachtens .....	665	309
E. Besondere Pflichten im Schutzschirmverfahren nach § 270b InsO .....	669	311
I. Systematische Stellung des Schutzschirmverfahrens (§ 270b InsO) und sein Verhältnis zur allgemeinen vorläufigen Eigenverwaltung (§ 270a InsO) .....	670	312
II. Keine bindende Mitwirkung des vorläufigen Gläubigerausschusses .....	674	314
III. Prüfung der Plausibilität der Antragsunterlagen .....	675	314
1. Drohende oder bereits eingetretene Zahlungsunfähigkeit des Schuldners? .....	676	315
2. Sanierungs-Grobkonzept des Schuldners .....	682	317
3. Sanierbarkeitsbescheinigung .....	688	321
IV. Überwachung der Sanierungsvorbereitungen und der Aufstellung des Insolvenzplans .....	689	322
1. Ernsthaftigkeit der Sanierungsbemühungen .....	690	322
2. Beratende Mitwirkung des Ausschusses bei der Entwicklung des Insolvenzplans .....	692	323
3. Überwachung der Mitwirkung des vorläufigen Sachwalters .....	694	325
V. Pflichten anlässlich des Vorschlags und der Bestellung des „mitgebrachten“ vorläufigen Sachwalters .....	698	327
VI. Recht und Pflicht zur Stellung eines Aufhebungsantrags nach § 270b Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 InsO .....	702	329
1. Rechtliche Tragweite des Aufhebungsantrags .....	703	329
2. Maßgebliche Gesichtspunkte für die Ermessensausübung .....	707	331
3. Weitergehende Anregungen des Ausschusses .....	714	335
<b>Kapitel 6 Eigenverwaltungsrelevante Aspekte der Haftung</b> .....	<b>715</b>	<b>337</b>
A. Grundzüge der Haftung der Gläubigerausschussmitglieder .....	717	337

	Rn.	Seite
B. Entsprechende Anwendung der Business Judgment Rule .....	723	341
I. Grundsatz .....	724	342
II. Orientierung am Wohl der Gläubiger .....	729	345
III. Angemessene Informationsgrundlage .....	732	347
C. Erforderliche Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Ausschussmitglieds .....	734	348
D. Bewusstsein der besonderen Gefahren der Eigenverwaltung .....	744	353
I. Sensibilität für nachteilisindizierende Umstände .....	746	354
II. Deutlich gesteigerte Skepsis gegenüber Schuldner und Sachwalter .....	747	355
E. Verantwortung bei der Mitwirkung an gerichtlichen Entscheidungen .....	753	357
<b>Kapitel 7 Die Sachkunde der Ausschussmitglieder in der Eigenverwaltung .....</b>	<b>755</b>	<b>359</b>
A. Sachkunde als notwendige Voraussetzung einer gerichtlichen Bestellung zum Ausschussmitglied .....	758	361
B. Mindestanforderungen an die Sachkunde von Ausschussmitgliedern in der Eigenverwaltung .....	767	367
I. Allgemeine Mindestanforderungen in der Unternehmensinsolvenz .....	768	367
II. Besondere Mindestanforderungen im Fall der Eigenverwaltung .....	771	369
C. Gerichtliche Feststellung der Sachkunde .....	772	369
I. Allgemeines zur gerichtlichen Auswahl der Ausschussmitglieder .....	774	370
II. Überprüfung der Eignung der potentiellen Ausschussmitglieder .....	777	372
D. Wahl einer nicht sachkundigen Person durch die Gläubigerversammlung .....	779	373
E. Auswirkungen der Anforderungen an die Sachkunde auf die Vergütung der Ausschussmitglieder .....	782	374
<b>Kapitel 8 Abschließende Bemerkungen und Schlussfolgerungen .....</b>	<b>788</b>	<b>379</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>		<b>393</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>		<b>449</b>